

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
Liebe Damen des Stadtvorstandes,  
liebe Ratsmitglieder,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich bedanken. Mein Dank gilt den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, insbesondere der Kämmerei für ihren Einsatz für unsere Stadt und die Aufstellung des Haushaltsentwurfs. Das war in diesem Jahr eine noch größere Herausforderung als sonst. Die steigenden Kosten, verursacht durch die Gesetzgebung von Bund und Land, ohne die Bereitstellung ausreichender, zusätzlicher Finanzmittel für die Kommunen, prangern wir seit Jahren an. Jetzt ist dieses Problem so weit angestiegen, dass nach ein paar Jahren der ausgeglichenen Haushaltsentwürfe, Speyer ohne Einbruch der Einnahmen mit einem erheblichen Defizit in die Planung für 2025 geht.

Diese Situation führt dazu, dass wir als Speyerer Wählergruppe noch mehr darauf drängen tatsächlich zu sparen und nicht nur neue Einnahmequellen zu generieren. Denn langfristig wird uns eine vernünftige Sparpolitik stabiler für die Zukunft aufstellen. Hier haben wir die Kontrolle und sind nicht von äußeren Faktoren abhängig.

Langfristig müssen wir weiter dafür sorgen, dass sich die Defizite von Einrichtungen wie Friedhof, Wochenmarkt, Musikschule und Stadtbibliothek reduzieren. Alle sind wichtig und die Arbeit, die hier geleistet wird, ist sehr gut. Es ist auch nicht notwendig, oder zulässig hier Gewinn zu erwirtschaften, aber es muss für das Geld, das hier veranschlagt wird ein echter Mehrwert für uns als Bürgerinnen und Bürger Speyers geschaffen werden. Nur so lohnt sich der finanzielle Aufwand.

Letztes Jahr hatte ich an dieser Stelle die Verwaltung dafür gelobt, dass sie sich nach den langen Diskussionen um Fahrradabstellflächen im Kämmerergebiet dazu entschieden hatte diese auf der freiwerdenden Fläche der ehemaligen Bushaltestelle zu errichten. Nachdem es ursprünglich hieß die Verwaltung wäre schon beim Start des Bürgerdialogs bereit gewesen die geplanten Fahrradständer an den von der Stadt vorgeschlagenen Stellen zu errichten, ist es für mich sehr verwunderlich, dass über ein Jahr später immer noch kein Fahrradständer errichtet ist. Wurde die Dringlichkeit dieser Infrastrukturmaßnahme letztes Jahr falsch eingeschätzt und man weicht von der Strategie besserer Radabstellplätze in Wohngebieten wieder ab?

Falls ja, wäre es wünschenswert das klar zu kommunizieren. Falls nein, brauchen wir einen besseren und transparenten Plan um auch kleinere Projekte als die Renovierung des Schipka-Passes besser nachzuvollziehen zu können.

Der grüne Rechtsabbiegerpfeil zumindest für Fahrradfahrer und auch die Neuregelung des Radverkehrs an der Klipfelsau sind schon seit Jahren beschlossen, aber auch diese einfachen Projekte, in denen lediglich ein Schild zusätzlich aufgestellt, oder bestehende Schilder entfernt werden müssen, dauern Jahre. Dasselbe galt für die Vermessung der Einbahnstraßen um diese falls möglich für den gegenläufigen Radverkehr freizugeben. Hier haben wir jahrelang regelmäßig nachgefragt, nicht nur nach den Schildern, sondern als ersten Schritt nach der Klassifikation der Straßen. Diese Klassifikation wurde jetzt in der Dezembersitzung des ASBV vorgestellt - nach über 6

Jahren! Wir sind gespannt, wann dann die entsprechende Beschilderung da ist. Hoffentlich dauert die Umsetzung nicht weitere 6 Jahre.

Durch Situationen, in denen Ratsbeschlüsse oder angekündigte Projekte der Verwaltung sich stark verzögern, bzw. die Arbeit daran unterbrochen wird, kommt es immer wieder dazu, dass zum selben Thema mehrere zum Teil deckungsgleiche Diskussionen im Rat erfolgen. Das führt zu Frustration im Rat, bei den Bürgerinnen und Bürgern, die immer noch auf die Umsetzung warten, aber auch in der Verwaltung, die der Anzahl von Anträgen nicht mehr nachkommt. Wir hatten wiederholt darum gebeten diese Situation für alle zu verbessern und unterschiedliche Vorschläge gemacht. Wir begrüßen, dass der Haupt- & Stiftungsausschuss beschlossen hat, dass jetzt transparent über den Bearbeitungsstand der Anträge aus der letzten Legislaturperiode berichtet wird. Wir hatten das schon in der Vergangenheit gefordert, von der Verwaltung zugesichert bekommen und einen einmaligen Bericht erhalten. Dieser Bericht wurde nun durch den erneuten Beschluss aktualisiert - immerhin - Stand dieser Montag - schon bis Sommer 2023. Es ist schön zu sehen, dass doch einiges abgearbeitet wurde. Definitiv ein Fortschritt! Allerdings sind auch ältere Beschlüsse immer noch relevant. Was ist mit denen?

Die Oberbürgermeisterin hat explizit angemerkt, dass sich Anträge stark überlappen und wiederholen. Das kann zwar auch während einer Wahlperiode passieren, ist aber deutlich wahrscheinlicher, wenn mehr Zeit zwischen den Beschlüssen liegt. **Um diese Situation aufzuräumen, beantragen wir eine Übersicht aller noch aktiven Projekte und Anträge die aus Sicht der Verwaltung als überholt, nicht mehr sinnvoll, oder als Duplikat eingestuft werden. Damit soll eine Diskussion und Ratsentscheidung vorbereitet werden, diese offenen Beschlüsse zurückzunehmen umso die Verwaltung zu entlasten und Klarheit für die Zukunft zu schaffen.**

Dass die Verwaltung nicht in der Lage ist einfache Themen, wie sie als Teil des Radverkehrskonzeptes vorgestellt wurden, innerhalb einer Wahlperiode umzusetzen, lässt uns mehr und mehr daran zweifeln, dass größere Projekte überhaupt optimal durchgeführt werden können. Wir hatten schon in der Vergangenheit Probleme mit Umbaumaßnahmen, die nicht im Detail mit den langjährigen auch in der Zukunft eingeplanten Nutzern der Objekte besprochen und abgestimmt wurden. Zum Beispiel den Außenaufzug am Kinder- und Jugendtheater, der nicht optimal genutzt werden kann, da größeres Equipment, aber insbesondere größere Rollstühle hier zum Problem werden. Der nicht verkleidete Aufzug führt direkt in den Zuschauerraum, was zu erheblichen Störungen führt, wenn er in der Vorstellung genutzt werden muss. Auch bei der Sanierung von Veranstaltungsräumen im Besitz der Stadt muss darauf geachtet werden, dass die Nutzung und Attraktivität der Räume nicht nachhaltig negativ beeinflusst wird durch gut gemeinte Brandschutzverbesserungen und Änderungen in der Infrastruktur. Hier gibt es immer auch Alternativen, die für beide Seiten, die langjährigen Mieter und die Stadt als Vermieterin funktionieren. Im Dialog muss es möglich sein hier gute Kompromisse zu finden und die Attraktivität der Stadt gemeinsam voranzutreiben. Auch die Wirtschaftsförderung sollte hier eine aktivere Rolle spielen, da viele Mieter der Stadt auch Wirtschaftsbetriebe sind, selbst wenn sie zum Teil von ehrenamtlichen Vereinen betrieben werden.

Dieses Prinzip gilt erst recht, wenn es um die Entwicklung neuer Großprojekte, wie aktuell die zukünftige Nutzung des Stiftungs-Krankenhauses, geht. Man soll auch frei überlegen können, aber sobald es darum geht Konzepte zu beauftragen, muss mit anvisierten Mietern wie der Volkshochschule oder der Stadtbibliothek gesprochen werden, ob ein Standortwechsel für sie überhaupt attraktiv wäre. Nur wenn potenzielle Nutzer in die Planung zumindest am Rande einbezogen werden wird das Konzept erfolgreich. Wenn der Standort für die Nutzer von vornherein nicht interessant ist, muss auch kein Konzept erstellt werden.

Vor ein paar Jahren hat die Stadt erfolgreich den Gestaltungsbeirat für Speyer, auf Vorschlag der Speyerer Wählergruppe, eingeführt, der die Verwaltung bei der Planung größerer Projekte beraten soll. Allerdings wird dieser Beirat nun unserer Meinung nach missbraucht und diskutiert hinlänglich unreife Ideen. Das ist nicht der Sinn des Gestaltungsbeirats. Hier sollen Pläne für die Stadt nochmals durch einen „Blick von außen“ überprüft werden, um sicher zu stellen, dass die geplante Lösung auch Objektiv einen Mehrwert für die Stadtgestaltung bringt. Es ist nicht die Aufgabe des Gestaltungsbeirates, mit der Stadt Gestaltungsideen zu entwickeln. Wir bitten mit Nachdruck den Gestaltungsbeirat nur einzuberufen, wenn es darum geht geplante Projekte zu besprechen und nicht für Ideen oder Kleinstprojekte. Eine Sitzung des Gestaltungsbeirates muss sich auch für die Stadt lohnen.

Das Podest an der Postgalerie ist ein gutes Beispiel, bei dem grobe Pläne besprochen wurden, aber die Ausführung Ergebnisse aus den Diskussionen in Ausschüssen und dem Gestaltungsbeirat nicht widerspiegelt. So wurden trotz Denkmalschutz die Fenster zu Türen erweitert und nun ist dank des Podests nicht mehr genug Platz auf dem Gehweg um als Fußgänger vorbeizulaufen. Die Barrierefreiheit für den Weg zur Bushaltestelle ist nicht mehr gegeben. **Die Speyerer Wählergruppe beantragt zum einen, dass im zuständigen Ausschuss, dem ASBV, die entsprechenden Unterlagen zur Genehmigung für die Veränderungen der Fassade und das Podest zur Information vorgelegt werden. Zum anderen beantragen wir, dass durch die aktuelle Situation der erste Schritt der Postplatzgestaltung vorgezogen wird, und die beidseitige Umfahrung des Postplatzes schnellstmöglich gestoppt wird um wieder ausreichend Platz für Fußgänger zu schaffen.**

Kernaufgabe der Wirtschaftsförderung muss es sein zwischen Betrieben und Verwaltung eine Brücke zu bauen. Sie muss Speyerer Betriebe dabei unterstützen bei ihren Projekten alle Regularien der Verwaltung so einfach und schnell wie möglich zu erfüllen, um langfristig Speyer für unsere Wirtschaft attraktiv zu machen. Auch eine gezielte Digitalisierung der Prozesse kann hier helfen sicher zu stellen, dass Unterlagen vollständig sind und alle Schritte bedacht wurden, um so die Frustration von Betrieben und Verwaltung zu reduzieren.

Tourismus ist für Speyer ein großer Wirtschaftsfaktor. Dies wurde noch weiter gesteigert, seit wir das zweite Weltkulturerbe erhalten haben. Leider hat die Tourismusförderung kein Konzept, um die Anzahl der Übernachtungen pro Besucher in Speyer zu erhöhen. Erst dadurch würde Speyer seiner Rolle als „Tor zur Pfalz“ gerecht werden. Zusätzlich könnten Kosten für Hotelbetreiber, durch weniger Gästewechsel bei gleicher oder höherer Auslastung der Betten, reduziert werden, was sich auch positiv auf die Umwelt auswirkt. Wir sind zentraler Teil der Metropolregion Rhein-Neckar und zwischen Heidelberg und der Weinstraße, ideal gelegen um als Basis für Tagesausflüge in die Region zu dienen. Leider wird dieser Aspekt immer noch stark vernachlässigt, und man orientiert sich nur an der Pfalz-Touristik, die zwar auch wichtig für Speyer ist, aber einen erheblichen Teil unseres Potentials, das im Badischen liegt, komplett vernachlässigt.

Wir haben jetzt einen Beirat, der Wirtschaft und Tourismus für Speyer verbinden soll. Das ist ein guter erster Schritt. Da aber beide Ressortleiter darüber klagen, ihren Kernaufgaben wegen fehlendem Budget nicht gerecht werden zu können, stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist diese zum Teil verwandten Funktionen in zwei unterfinanzierten Abteilungen zu belassen, oder die Abteilungen zielführend zusammen zu legen. Das durch Zusammenlegung eingesparte Geld sollte dann der neuen Abteilung zur Verfügung gestellt werden, damit diese die Aufgaben in Tourismus und Wirtschaftsförderung besser erfüllen kann. **Wir beantragen zu überprüfen, welches Einsparpotential eine solche Zusammenlegung hat und dem Rat eine entsprechende Vorlage über die Zusammenlegung der Abteilungen zur Entscheidung vorzulegen.**

In den vergangenen Jahren hat es sich eingeschlichen Ratsentscheidungen unter Druck von Förderungsversprechen zu treffen, die dann nicht eintraten. Nicht geförderte Projekte wurden dann trotzdem bei vollen Kosten von der Stadt mit Priorität umgesetzt. Hier müssen wir pragmatischer werden. Natürlich soll immer nach Fördermöglichkeiten gesucht werden, allerdings sollten Beschlüsse immer unter Vorbehalt des Erhalts der Förderung beschlossen werden. Viele Projekte haben ohne Förderung, die es zur Pflicht macht in einer bestimmten Zeit umgesetzt zu sein, nicht dieselbe hohe Priorität. Wir von der Speyerer Wählergruppe fordern, dass der Rat nicht nur über den Wegfall der eingeplanten Förderung informiert wird, sondern immer auch dediziert entscheiden muss, ob das Projekt dann überhaupt weiterverfolgt oder zurückgestellt wird.

In einigen Fällen ist ein solcher Beschluss bereits erfolgt wie bei der Umstellung des ÖPNV auf Elektrobusse. Allerdings erfolgte die Zustimmung zur Durchführung dieses Millionen-Projekts auch ohne Förderung, bevor sich unsere Haushaltssituation durch fehlende Zuweisungen und gestiegene Kosten für Speyer dramatisch verschlechtert hat. Speyer plant zusammen mit den Stadtwerken mehrere Millionen Euro für diese Umstellung in den nächsten Jahren auszugeben. Diese Ausgabe, die zu den freiwilligen Leistungen zählt, muss überprüft werden, da die aktuellen Nutzerzahlen weitere große Investitionen, zusätzlich zu dem bereits bestehenden erweiterten ÖPNV, aus unserer Sicht nicht rechtfertigen. Es kann nicht sein, dass wir bei Kultur und anderen freiwilligen Maßnahmen sparen müssen, um uns eine Verkehrswende zu leisten, die nicht aktuell angenommen wird.

Verstehen sie mich nicht falsch, ein funktionierender und attraktiver ÖPNV ist wichtig, aber in Zeiten in denen Busse oft nicht ausgelastet sind, Straßen zu eng sind, um zu Parken und Busse zuzulassen, ist da die Anbindung der Wohngebiete mit großen Bussen wirklich noch zeitgemäß?

Sollten wir nicht vielmehr darüber nachdenken die Hauptachsen (Nord/Süd; West/Ost zum Bahnhof) mit Bussen anzubinden und die übrigen Gebiete durch ein On-Demand-Angebot zu versorgen?

Hierüber kann die Belastung der Wohnstraßen, die zu eng sind für große Busse, reduziert werden. Wir haben auch die Chance durch bedarfsgerechte Versorgung mehr Ortsteile zu bedienen und auch die Versorgung auf Nebenstrecken am Abend, bzw. am Wochenende attraktiv zu gestalten, so dass der Konzertbesuch mit dem ÖPNV wieder möglich wird. Dazu müssen Veranstaltungsorte, wie die Stadthalle, der Alte Stadtsaal oder die Halle 101 auch bevorzugte Ruftaxi-Haltestellen sein und die typischen Endzeiten von Veranstaltungen müssen abgedeckt werden.

Wir sprechen uns gegen eine Verschlimmbesserung des aktuellen Fahrplans aus. Das Ausdünnen des Fahrplans auf einzelnen Strecken, zum Beispiel 60-Minuten- statt 30-Minuten-Takt, kann der Reisende nicht durch das Umsteigen auf das On-Demand-Angebot ausgleichen, sondern muss sich an den neuen, niedrigeren Takt anpassen. Wenn wir hier einsparen müssen, dann sprechen wir uns dafür aus, die Änderung so zu gestalten, dass sie vom Ruftaxi abgedeckt werden kann. Eine ungenügende Abdeckung am Sonntag zum Beispiel für Linien 566 und 567 alle 2 Stunden macht sowohl Bus, also auch das Ruftaxi unattraktiv.

Die Anbindung der Kaserne wurde schon in der Vergangenheit zugesagt, wir hoffen, dass diese kleine, aber wichtige Änderung der Streckenführung trotzdem durchgeführt werden kann.

Durch die von der Stadt vorgeschlagene Optimierung der Strecken soll ein mittlerer 6-stelliger Betrag eingespart werden. Warum ist das so wenig, bei etwa 20% weniger gefahrenen Kilometern?

Wenn die Umstellung auf Elektrobusse, hier so stark ins Gewicht fällt, können wir uns das in der aktuellen Situation nicht leisten und sollten kostengünstigere Wege finden Emissionen zu reduzieren

und die aktuelle Infrastruktur weiter nutzen. Allein die Einrichtung der Lade-Infrastruktur kostet mehrere Millionen, die gespart und in andere Projekte gesteckt werden können. Von den stark gestiegenen Anschaffungspreisen der Elektrobusse ganz zu schweigen.

Wir sehen die Entwicklung zum emissionsfreien ÖPNV als wichtiges Ziel für unsere langfristige Entwicklung als Stadt. In der aktuellen Situation halten wir es allerdings für zielführender, nachhaltiger und kostengünstiger für den aktuellen Vergabezeitraum die existierenden Busse mit entsprechender moderner Partikelfiltertechnologie auszustatten und/oder moderne Treibstoffe zu verwenden und die Umstellung auf Elektrobusse in den nächsten Vergabezeitraum zu verschieben. Auch in der Hoffnung, dass wir dann durch technologischen Fortschritt eine noch bessere Lösung umsetzen können.

Wir haben von Anfang an gegen die Mehrausgaben für Elektrobusse gestimmt und bitten den Rat nochmals zu überprüfen, ob diese Umstellung in der aktuellen Haushaltslage wirklich tragfähig bleibt.

Die Stadt hat jetzt noch ein paar Jahre Zeit bis zur nächsten Ausschreibung des ÖPNV. Die Speyerer Wählergruppe spricht sich geschlossen dafür aus, die Planung hierfür jetzt anzugehen, um die nächste Ausschreibung ganzheitlich gestalten zu können und das On-Demand-Angebot direkt mit auszuschreiben und gezielt auszubauen. Diese moderne Form des ÖPNV ist bedarfsgerecht und belastet durch kleinere Fahrzeuge den Verkehr und die Anwohner deutlich weniger. Leere große Busse, die in engen Straßen auf dem Gehsteig fahren müssen, sind dann auch ein Bild der Vergangenheit. Mit kleineren On-Demand Fahrzeugen können auch engere Gebiete gut abgedeckt werden, ohne Parkplätze streichen zu müssen. Und bei den im letzten ASBV vorgestellten Fahrgastzahlen, sollten Großraumtaxi an vielen Stellen aktuell ausreichend sein, um den Bedarf zu decken. Es ist wichtig schon in der frühen Planung mit potenziellen Anbietern und Kommunen, die ein solches Angebot erfolgreich einführen konnten, über die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sprechen. Wir müssen frühzeitig prüfen, wie ein On-Demand-ÖPNV sinnvoll für Speyer umgesetzt werden kann, ohne dass hierfür extra Ausschreibungen erforderlich sind. Bei der nächsten Ausschreibung kann es nicht wieder lange Verzögerungen für diesen wichtigen Baustein geben. Das ÖPNV-Konzept geht nicht auf, wenn es nicht komplett ist.

Wir warten auch immer noch auf ein Parkleitsystem und eine Parkraumbewirtschaftung, die den Parksuchverkehr in der Stadt minimiert. Für diese Punkte waren nächste Schritte für das Jahr 2024 angekündigt. Leider waren das sehr kleine Schritte und viel Vertrösten auf ein Gesamtkonzept, das wir in der Zukunft – der Zeitpunkt ist leider ungewiss – erwarten können. Die zielführende Parkraumbewirtschaftung ist wichtig für unsere Wirtschaft und unseren ÖPNV. Sie bietet die Chance Parkraum besser zu nutzen und zu kontrollieren, so dass Parksuchverkehr zumindest reduziert, aber hoffentlich eliminiert werden kann. In diesem Gesamtkonzept wird hoffentlich auch geprüft, wie Wohngebiete entlastet werden können, die aktuell durch die Nähe zur Innenstadt oder großen Arbeitgebern übermäßig belastet werden. Die Verwaltung sollte auch das bekannte Konzept der Quartiersparkhäuser für Wohngebiete wieder aktiv prüfen und umsetzen, um so die Parkplatzproblematik auf den engen Straßen in Wohngebieten zu reduzieren. Wir bitten die Verwaltung nachdrücklich diesem wichtigen Projekt Vorrang zu geben, schließlich ist der Stadtvorstand unter Frau Seiler nicht die erste Stadtspitze, die an diesem Projekt arbeitet. Langsam muss es hier Ergebnisse geben. Es entsteht der Eindruck, dass hier immer wieder von vorne begonnen wird, anstatt auf Vorarbeiten der Verwaltung oder der VBS aufzubauen. Hier wurden bereits gute Ideen entwickelt. Wir fordern, dass diese Ideen von digitaler, kamera-basierter Parkraumüberwachung, über aktive Bewerbung von Parkraum, bis zum Ausbau der strategischen

Parkflächen in das Gesamtkonzept einfließen und dieses in einer ersten Form zeitnah dem Rat vorgelegt wird.

Entsiegelung ist in unseren zunehmend heißen Sommern ein wichtiges Thema. Insbesondere in Kombination mit der in Speyer herrschenden Wohnungsknappheit müssen Projekte, die keine neuen Flächen versiegeln, sondern behutsam nachverdichten von der Stadt gefördert werden und zumindest im entsprechenden Ausschuss kurz besprochen werden, wenn es um mehr als 3 Wohneinheiten geht. Wir können es uns nicht leisten mit veralteten Modellen in die Planung zu gehen, sondern müssen die existierenden, versiegelten Flächen bestmöglich nutzen.

Natürlich sollten wir auch darauf achten bei neuentwickelter Wohnfläche die Begrünung und Entsiegelung voranzutreiben. Dass ein Bauvorhaben abgelehnt wird, weil man sich in der Verwaltung eine Grünfläche statt neuen Wohnungen auf einem Garagenhof wünscht, bringt niemanden weiter.

Auch bei der Planung des neuen Besucherzentrums für die beiden Weltkulturerben sollten soweit möglich existierende Gebäude verwendet und nicht Teile des Domgartens neu versiegelt werden. Die neu geschaffenen Seminarräume im Judenhof sollen hier mitberücksichtigt werden und nicht gleich wieder durch noch neuere ersetzt werden, bevor sie richtig in Betrieb genommen wurden. Bitte prüfen Sie wie existierende Gebäude in der Nähe genutzt werden können und unsere existierenden Veranstaltungsräume für größere Events herangezogen werden können, auch wenn sie nicht direkt zwischen Dom und Judenbad liegen. Vielleicht kann man auch mit dem Land in Verhandlung treten um Gebäude aus Landesbesitz als Besucherzentrum zu nutzen, oder Gebäude zu tauschen. Alles besser als neue Flächen in einer ohnehin schon überhitzten Innenstadt zu versiegeln.

Es würde sich auch anbieten die Tourist-Info in das Besucherzentrum mitzuintegrieren, und so einen geeigneten Service für Besucher der Weltkulturerben und der Stadt anzubieten. In der Kooperation können dann hoffentlich sinnvolle Öffnungszeiten für die Besucher erreicht werden. Für Ausstellungen könnte sich eine enge Kooperation mit dem historischen Museum anbieten.

Wir bitten die Verwaltung: Setzen Sie auf Zusammenarbeit mit den existierenden Institutionen um den Platzbedarf für das Besucherzentrum so klein wie möglich zu halten und seien Sie ein Vorbild und nutzen sie existierende Gebäude, statt neu zu versiegeln.

Zusammenfassend möchte ich mich zusammen mit der Speyerer Wählergruppe im kommenden Jahr auf drei Dinge konzentrieren:

1. Die Umsetzung von Beschlüssen und Konzepten weiter voranzutreiben.
2. Den ÖPNV für die Zukunft aufzustellen.
3. Und durch geschickte Verkehrsplanung und Gestaltung eine belebte Innenstadt optimal für Besucher, Einzelhandel und Anwohner zu erhalten.

Wir stimmen dem Haushaltsentwurf zu mit Ausnahme der Änderungen des Grundsteuerhebesatzes und der Investition in den elektrifizierten ÖPNV.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit, für die Zusammenarbeit im Jahr 2024 und wünsche Ihnen und Ihren Lieben erholsame Feiertage und einen guten Start ins Jahr 2025.